



Liebe Freunde,

weltweit gehen nach dem gewaltsamen Tod von George Floyd derzeit Menschen gegen Rassismus auf die Straße und machen unmißverständlich klar, daß kein Mensch das Recht hat, einem anderen, egal welcher Abstammung und Hautfarbe, die Würde und das Recht auf Leben abzuspochen. Diese Rechte sind aus guten Gründen in den ersten Artikeln des Deutschen Grundgesetzes verbriefte.

Jeder Mensch entsteht aus der Verschmelzung von Ei und Spermazelle. Jeder von uns durchläuft die verschiedenen Entwicklungsstadien, die erst mit dem Tod enden. Die wahre Gleichbehandlung und Gleichberechtigung, die zur Zeit auf den Straßen rund um den Erdball – global – gefordert wird, fängt im Mutterleib an.

Wert des menschlichen Lebens rückt wieder ins Bewußtsein

Wir leben in ganz besonderen Zeiten. Durch Corona scheint uns der Wert des menschlichen Lebens wieder besonders ins Bewußtsein gekommen zu sein. Das öffentliche Leben wurde mit noch nicht absehbaren Folgen heruntergefahren. Auch wir mußten viele Veranstaltungen absagen. So gehen wir zum jetzigen Zeitpunkt noch davon aus, daß der diesjährige „Marsch für das Leben“ stattfindet. Die Teilnehmer müssen Masken tragen, Abstände müssen eingehalten werden, doch das sind Auflagen, die wir zum Schutz anderer gerne auf uns nehmen. Doch bitte informieren Sie sich über den aktuellen Stand. Die Entwicklung der Coronazahlen läßt die Länder immer neue Beschlüsse fassen und es kann durchaus noch sein, daß man so eine große Demonstration wie den „Marsch für das Leben“ noch absagt.

Ich möchte Sie aber auch noch auf die Fachtagung im Vorfeld des Marsches hinweisen. Die nähere Einladung finden Sie auf Seite 8.

Die dunklere Jahreszeit nähert sich mit großen Schritten. Vielleicht kann der eine oder andere einen langen Abend so gestalten, daß er zur Werbung für das Leben werden kann. Ich lade Sie herzlich ein, eine Initiative der Stiftung „Ja zum Leben“ zu unterstützen. Sie können zum Lebensbotschafter werden, indem Sie einen Kinoabend mit dem sehr bewegenden Film „Unplanned“ veranstalten, ob im kleinen, privaten oder größeren Rahmen (je nachdem auch, was Corona zuläßt). Nähere Einzelheiten finden Sie auf Seite 6.

Neulich las ich folgende Überschrift im Internet: „Würdevolles Sterben in der Familie“. Meine Aufmerksamkeit war sofort geweckt. Die Überschrift ging wie folgt weiter: „Auch Haustiere haben ein Anrecht darauf“. In dem Artikel einer Leimener Internetzeitung forderte das dortige Tierheim, nachdem eine Frau ihren altersschwachen Hamster zum Tierheim gebracht hatte, damit das Enkelkind nicht dessen Sterben miterleben mußte: „Das geliebte Tier selbst braucht im Sterbeprozess liebevolle Unterstützung, denn es möchte sich auch verabschieden.“ Weiter hieß es im Text: Wenn die Lebenszeit zu Ende geht, haben Menschen meist nur einen Wunsch: Sie möchten die verbleibende Zeit nicht allein sein. Genauso geht es auch unseren Haustieren. Ein würdevoller ‚Übergang‘ ist für die Tierseele genauso wichtig wie für die Menschenseele. Wenn der Moment gekommen ist, darf der Mensch seinem Haustier zeigen, was es ihm bedeutet hat. (...) Jedes Tier hat ein sicheres, liebevolles Zuhause verdient – bis zu seinem Lebensende.“ Und was ist mit dem Menschen selbst?

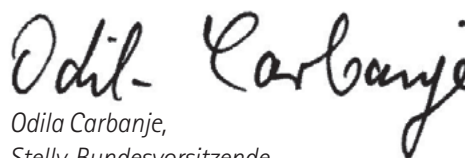
Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum § 217 möchte man so viel Empathie allen alten, kranken und hilflosen Menschen von der Politik, den Familien und der Gesellschaft insgesamt nur wünschen, daß die „Suizidbeihilfe“ bei uns nie Fuß faßt. Möge Gesundheitsminister Spahn bei seiner klaren Haltung bleiben und der Deutsche Bundestag eine der Menschenwürde gerecht werdende Regelung auf den Weg bringen. Was wir dazu beitragen können, werden wir tun.

Für Ihre Ausdauer und vielfältige Unterstützung bedanke ich mich von ganzem Herzen.

Nur gemeinsam bewegen wir etwas.

Kommen Sie gut durch die coronabestimmte Zeit und bleiben oder werden Sie gesund.

Mit herzlichen Grüßen
Ihre


Odila Carbanje,
Stellv. Bundesvorsitzende

CDL fordert inhaltliche Klarstellung

Am 26. Mai 2020 wurde im Deutschen Bundestag ein Antrag (Drucksache 19/19491) der Unionsfraktionen und der SPD-Fraktion verabschiedet, in dem Maßnahmen zur Verbesserung der globalen Gesundheit gefordert werden.

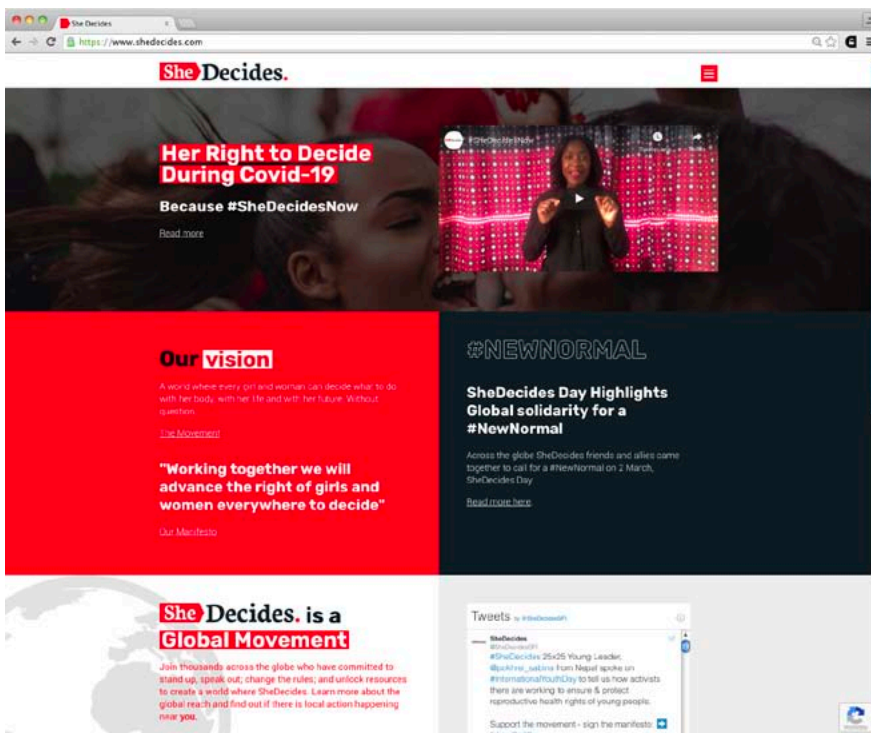
In Punkt I Absatz 8 und Punkt II Absatz 9 erscheint der Begriff „sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte (SRGR)“.

Anlässlich der Weltbevölkerungskonferenz der Vereinten Nationen 1994 in Kairo wurde zwar explizit festgelegt, daß unter dieser Formulierung NICHT die Förderung von Abtreibung als Mittel zur Familienplanung fällt, aber die Befürworter eines „Menschenrechts auf Abtreibung“ haben sich diesen Begriff ebenso wie den Begriff der „Müttersterblichkeit“ zu eigen gemacht, wenn es um Forderungen etwa nach dem „uneingeschränkten Zugang zu Abtreibungen“ oder gar einem „Menschenrecht auf Abtreibung“ geht. In den Statements und Veröffentlichungen von „pro familia“, deren Dachorganisation IPPF, Marie Stopes und vieler anderer Organisationen ist dies vielfach dokumentiert und nachzulesen, etwa wenn die International Planned Parenthood Federation auf ihrer Internetseite über den „Zugang zu sicherer Abtreibung“ schreibt: „IPPF worked alongside UN member states and other non-government organizations from different backgrounds du-

Darüber hinaus wird in dem beschlossenen Antrag eine aktive Unterstützung der Bewegung „SheDecides“ gefordert. Diese Initiative wurde von der niederländischen Regierung 2017 gegründet als Antwort darauf, daß die USA unter der republikanischen Regierung die Mexico City Policy wieder eingesetzt haben, nach der internationalen Entwicklungshilfe-Organisationen öffentliche finanzielle Mittel versagt werden, wenn sie Abtreibungen fördern. Auch in dem Manifest der Initiative „SheDecides“ ist die Forderung nach einem ungehinderten Zugang zu Abtreibungen zu jeder Zeit fest verankert. Wie Sie aus den Wortmeldungen der vergangenen zwei Wochen seit der Verabschiedung des Antrages erfahren haben, legt diese Situation für die Lebensrechtsorganisationen den Verdacht nahe, daß auch in dem Antrag der Begriff der „sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechte“ im Sinne der Definition der Abtreibungslobby verstanden wird.



Bernd Posselt, CSU



Forderung nach ungehindertem Zugang zu Abtreibung: Website von „SheDecides“

ring a three-year process to uphold our international human rights standards to prevent maternal mortality, guarantee women and girls' rights to bodily autonomy and privacy, and that access to abortion is protected under international human rights law." (<https://www.ippf.org/news/un-access-safe-abortion>)

Damit versuchen die Abtreibungsbefürworter, diesem Begriff, der eigentlich die wichtige umfassende Gesundheitsfürsorge für Frauen weltweit zusammenfassen soll, eine völlig andere und falsche Bedeutung zu geben.

Der damalige Europaabgeordnete Bernd Posselt hat in den Jahren 2003 und 2004 Anfragen an den Europäischen Rat und die Europäische Kommission zum Begriff der „sexuellen und reproduktiven Gesundheit“ gestellt. Der damalige Vertreter des Europäischen Rates, Roberto Antonione, führte in seiner Antwort an Bernd Posselt im November 2003 unter anderem aus:

„Am 15. Juli 2003 nahmen das Europäische Parlament und der Rat die Verordnung über die Unterstützung von Strategien und Aktionen im Bereich der reproduktiven und sexuellen Gesundheit und der damit verbundenen Rechte in den Entwicklungsländern an. Ziel dieser Verordnung ist die Bereitstellung von finanzieller Hilfe und fachlicher Beratung zwecks Verbesserung der reproduktiven und sexuellen Gesundheit in den Entwicklungsländern und Gewährleistung der damit verbundenen Rechte. In Erwägungsgrund 16 wird eindeutig darauf hingewiesen, daß im Rahmen dieser Verordnung keine Anreize zu Sterilisierung und Schwangerschaftsabbruch unterstützt werden und daß Abtreibung keinesfalls als Mittel der Familienplanung gefördert werden sollte.“

Aus Sicht der CDL ist es deshalb dringend geboten und wir appellieren an die verantwortlichen Parteien, besonders aber an die CDU/CSU-Fraktion, in diesem Sinne eine inhaltliche Klärung des Begriffs „sexuelle und reproduktive Gesundheit“ vorzunehmen und im Parlament klarzustellen, daß es ein Recht auf Abtreibung nicht geben kann und auch Organisationen, welche die Abtreibung befürworten, nicht gefördert werden.

Die Abtreibungslobby kann hoch zufrieden sein

Der stellvertretende CDL-Bundesvorsitzende und CDU-Politiker Hubert Hüppe über die Abtreibungslobby, die Rolle der Union und ein fehlendes Wort der deutschen Bischöfe

Ein Interview von Stefan Rehder

Herr Hüppe, Sie sind stellvertretender Bundesvorsitzender der Christdemokraten für das Leben. Als Jugendlicher traten Sie in die CDU ein. 23 Jahre lang gehörten Sie als Abgeordneter auch der CDU/CSU-Bundestagsfraktion an. Vier Jahre lang waren Sie zudem Beauftragter der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen. Wie erklären Sie sich, daß CDU/CSU Ende Mai gemeinsam mit der SPD einen Antrag durch das Parlament brachten, in dem sich zentrale Forderungen der internationalen Abtreibungslobby finden?

Das ist unfassbar! Allerdings kommt das für mich auch nicht völlig überraschend. Schon im letzten Jahr wurden im Bundeshaushalt mehr Mittel für die International Planned Parenthood Federation (IPPF) eingestellt. Das ist das Flaggschiff der internationalen Abtreibungslobby, welches sich allerdings offiziell als Gesundheitsdienstleister ausgibt. Man muß einfach zur Kenntnis nehmen, daß die Abtreibungslobby tatsächlich eine sehr professionelle Lobbyarbeit machen. Sie sind ständig im Bundestag unterwegs. Mit der Bundestagsabgeordneten und Staatssekretärin Maria Flachsbarth hat die Organisation „SheDecides“ (dt.: „Sie entscheidet.“) jetzt eine Protagonistin für die Abtreibungslobby gewonnen, von der man das gar nicht vermuten würde. Wer hält schon für möglich, daß die Präsidentin des Katholischen Frauenbundes, also gewissermaßen die oberste katholische Frau in Deutschland, das deutsche Gesicht einer Organisation ist, die die Freigabe der Abtreibung bis zur Geburt ganz oben auf ihrer Agenda stehen hat?

„Wer hält schon für möglich, daß die Präsidentin des Katholischen Frauenbundes das deutsche Gesicht einer Organisation ist, die die Freigabe der Abtreibung bis zur Geburt ganz oben auf ihrer Agenda stehen hat?“

Auf ihrer Facebookseite schreibt Frau Flachsbarth, die übrigens früher mit mir regelmäßig für den Lebensschutz gestimmt hat, daß Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU) sie als „Champion“ für „SheDecides“ vorgeschlagen hat. Also findet Minister Müller „SheDecides“, die kein Geheimnis daraus macht, daß sie für die schrankenlose Tötung ungeborener Kinder eintritt, auch gut. Das hat mich erschrocken und tief enttäuscht.

Es heißt, „SheDecides“ wurde 2017 von der niederländischen Entwicklungsministerin Lilianne Ploumen gegründet, als Reaktion auf die von US-Präsident Trump wiederaufgenommene Mexiko-City-Politik, die Organisationen von den Fördertöpfen der US-amerikanischen Auslandshilfe ausschließt, die Abtreibungen durchführen oder bewerben ...



Seit vielen Jahren als Lebensrechtler politisch aktiv: Hubert Hüppe

Genauso ist es! Wichtiger aber ist: „SheDecides“ ist eine Tarnorganisation der IPPF. Beide haben auch dieselbe Adresse. Aber es gibt natürlich noch weitere Einflüsterer ...

Klären Sie uns auf...

Sehr aktiv ist auch die Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW), die natürlich nicht gleich damit wirbt, daß sie für Abtreibung eintritt. Auch das ist eine Lobbygruppe, die es sehr geschickt versteht, den Anschein von Menschenfreundlichkeit zu erwecken. Tatsächlich fördert die DSW ein paar kleinere Projekte, die wirklich zu befürworten sind. Die stellt sie dann ins Internet, nebenbei fordert sie aber die Förderung „sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechte“. Das ist der Kampfbegriff, wie ihn insbesondere IPPF verwendet sehen möchte, denn „sexuelle Rechte“ umfaßt für IPPF – anders als auf der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo beschlossen – auch die freie Verfügung der Frau über das ungeborene Kind, einschließlich seiner Tötung. Und das völlig unabhängig von Fristen und/oder Indikationen – bis zur Geburt.

Der Parlamentarische Beirat der DSW besteht aus 28 Bundestagsabgeordneten – zehn davon von der Union. Vorsitzender des Beirats ist Ihr Parteifreund Frank Heinrich. Eine Versammlung der Ahnungslosen?



Hubert Hüppe bei einer seiner zahlreichen Reden für das Leben

Tatsächlich ist Frank Heinrich ein Abgeordneter mit hohen Wertvorstellungen, den ich sehr schätze. Sie dürfen aber die DSW nicht unterschätzen. Es klingt erst einmal gut, wenn man sagt, wir setzen uns für die Dritte Welt ein und für Frauenrechte und gegen die Diskriminierung Homosexueller. Das würde jeder Lebensschutzverband auch unterzeichnen und nicht jeder erkennt sofort, was es bedeutet, wenn sie sich für „sexuelle Rechte“ einsetzen. Die DSW ist mächtig, die sucht sich unverdächtige Leute und manche von ihnen fühlen sich natürlich auch geehrt, wenn sie Mitglied oder gar Vorsitzender eines parlamentarischen Beirates einer solchen Organisation sind. Daß es der DSW letztlich um die Reduzierung der Bevölkerung Afrikas geht – ganz speziell um die der schwarzen Bevölkerung –, ist vielen gar nicht bewußt. Aber daß sie sich auch weltweit für die Freigabe von Abtreibung einsetzt, könnte man auf ihrer Seite im Internet nachlesen.

Wie muß sich der Bürger eigentlich das Zustandekommen eines solchen Antrags vorstellen? Und wie kommen die Namen des CDU-Fraktionsvorsitzenden Ralph Brinkhaus und des CSU-Landesgruppenchefs Alexander Dobrindt unter diesen? Lesen Spitzenpolitiker so etwas gar nicht mehr? Oder stimmen auch sie mit solchen Forderungen überein?

„Es ist kein Zufall, daß die Forderungen der Abtreibungslobby auch in diesem Antrag sehr verklausuliert wurden“

Das glaube ich nicht. Es ist kein Zufall, daß die Forderungen der Abtreibungslobby auch in diesem Antrag sehr verklausuliert wurden. Und wenn man den Antrag überfliegt, dann liest man zunächst gute Maßnahmen. Wenn dann auf Seite fünf verklausulierte Forderungen der Abtreibungslobby eingebaut wurden, erkennt das nicht jeder. Fraktionschefs unterzeichnen viele Anträge. Da müssen sie sich auf die Fachpolitiker ihrer Fraktion verlassen können. Und wenn ausgerechnet die Vorsitzende des Katholischen Frauenbundes diesen Antrag vorlegt, dann geht erstmal

keiner davon aus, daß damit Abtreibungen gefördert werden sollen. „SheDecides“ und DSW können hoch zufrieden sein.

Was können Bürger tun, die nicht wollen, daß Forderungen der internationalen Abtreibungslobby Eingang in die Regierungspolitik finden? Die beiden C-Parteien zu wählen, scheint ja, wie man sieht, zumindest nicht in jedem Fall erfolgversprechend zu sein?

Ich glaube, es ist jetzt wichtig, daß sich die Bürger an die Abgeordneten – auch ihres eigenen Wahlkreiseses – wenden. Man sollte die Sozialen Netzwerke nutzen und die Politiker auf deren Facebook-Seite oder Instagram-Account fragen, wie sie dazu kommen, so etwas zu unterstützen. Meiner Ansicht müssen auch die Bischöfe einschreiten. Als Präsidentin des Katholischen Deutschen Frauenbundes repräsentiert Frau Flachsbarth ja eine bedeutende Organisation des deutschen Laienkatholizismus und gehört dem ZdK an. Meiner Meinung nach müssen die Bischöfe hier auch mal ein deutliches Wort sprechen. Sonst werden sie unglaublich. Für die Freigabe der Abtreibung bis zur Geburt einzutreten, ist meines Erachtens mit dem katholischen Glauben unvereinbar.

Und was rät der langjährige Gesundheitspolitiker und Lebensrechtsexperte seiner Partei? Worauf muß die achten?



Hubert Hüppe mit Lebensrechtlerin Natalie Dedreux (l.)

Der Lebensschutz gehört eigentlich zur DNA von CDU und CSU. Allerdings ist er schon bei der Debatte um die Präimplantationsdiagnostik ins Wanken geraten. Auch bei der Finanzierung des PränaTests und anderer nichtinvasiver Bluttests, bei denen es um die Selektion behinderter Kinder vor der Geburt geht, gab es keine klare Meinung der C-Parteien. Immerhin hat die Union die völlige Abschaffung des § 219 StGB verhindert. Wenn aber die christlichen Parteien die Stimmen von denen haben wollen, die für die Würde aller Menschen – auch der Ungeborenen – eintreten, dann müssen sie ihr Profil wieder schärfen und zeigen, daß die Bewahrung der Schöpfung auch den Menschen in jeder Phase einbezieht.

Erschienen in: Die Tagespost, 13. Juni 2020

Die Doppelmoral der Grünen

Das Landessozialministerium von Baden-Württemberg, geführt von den Grünen, wollte die Einführung einer Pflicht zu Abtreibungen für Ärzte an Unikliniken prüfen. Neueinstellungen sollten davon abhängig gemacht werden können, daß Ärzte bereit seien, Schwangerschaftsabbrüche durchzuführen. Staatssekretärin Bärbl Mielich (Die Grünen) nimmt dabei gerade die jungen Ärzte in Visier. Sie sollen über Weiterbildungen dafür sensibilisiert werden, daß Abtreibungen zur Arbeit dazugehörten. Die Unikliniken unterstehen dem Land.

Inzwischen hat man nach vielen Protesten von dem Vorhaben Abstand genommen. Generell sprach sich Mielich aber dafür aus, den § 218 zu Schwangerschaftsabbrüchen zu überprüfen.

Die CDL hat dazu wie folgt Stellung genommen:

Endlich lassen die Grünen ihre Maske fallen und verleihen ihrer menschenverachtenden Ideologie Ausdruck. Geht es um den Schutz von Bäumen, Bienen und Kröten, fordern sie lautstark jede erdenkliche Rettungsmaßnahme und sind dabei äußerst kreativ. Bei ungeborenen Kindern aber fällt ihnen als „Rettungs- bzw. Hilfsangebot“ ein, den uneingeschränkten Zugang zur Abtreibung zu fordern. Sie sind dafür sogar bereit, die Freiheit des Gewissens anderer einzuschränken. Ärzte, die in der Regel ihren Beruf ergriffen haben, um Menschenleben zu retten, sollen auf Vorschlag der Grünen in Baden-Württemberg an Universitätskliniken nur angestellt werden dürfen, wenn sie fähig und bereit sind, eine Abtreibung durchzuführen. Das heißt, daß ein Arzt nur seinen Beruf ausüben können soll, wenn er sich damit einverstanden erklärt, Menschenleben in seinem frühesten, hilflosesten und unschul-

digsten Stadium zu töten. Das ist ein Skandal.

Es verwundert so kaum, daß die Grünen zur Zeit an einem neuen Grundsatzprogramm arbeiten, das im Herbst verabschiedet werden soll, indem sie „den kostenfreien Zugang zu Verhütungsmitteln und die Sicherstellung von ärztlich vorgenommenen Schwangerschaftsabbrüchen“ fordern. Genau genommen heißt das: Sex ohne Verantwortung auf Kosten des Steuerzahlers. Implizit wird natürlich die Abschaffung des § 218 auf



WWW.BAERBL.MIELICH.DE

Bärbl Mielich, Die Grünen

die Agenda gesetzt. Die Grünen fordern einen verantwortungsvollen Umgang mit der Umwelt ein. Sie müssen sich aber fragen lassen, warum sie diese Verantwortung bei bzw. für den Menschen ablehnen? Es kann kein Recht des Stärkeren (schwängere Frau/Mutter) über das Lebensrecht des Schwächeren (ungeborenes Kind) geben. Ein Lichtblick ist, daß die CDU dem Vorstoß der Grünen gleich widersprochen hat. Selbst dem katholischen Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg Winfried Kretschmann geht der Vorstoß seiner eigenen Partei zu weit. Die Bürger sollten bei der nächsten Wahl genau hinschauen, welche Geisteshaltung hinter den schönen Worten und dem moralischen Auftreten einer Partei steht. Für die Christdemokraten für das Leben (CDL) ist klar: Wer mit den Grünen eine Koalition eingehen will, muß einen hohen Preis bezahlen.

CDU-Bundestagsabgeordneter würdigt Lebensrechtsvereine

Bei einer Gesprächsrunde des Evangelischen Arbeitskreis (EAK) Erzgebirge in Lauter-Bernsbach mit dem Thema „Nur Mut – Jedes Leben zählt!“ würdigte der CDU-Bundestagsabgeordnete Alexander Krauß die Arbeit der Lebensrechtsgruppen: „Es ist gut, daß Lebensrechtsvereine immer wieder an das Recht des ungeborenen Kindes am eigenen Leben erinnern.“ Zugleich wünsche er sich, daß über die Hilfsangebote für Frauen in Not mehr informiert werde. So gebe es von staatlicher Seite als auch von Stiftungen viel materielle Unterstützung, damit sich eine Familie nicht gegen das Kind entscheiden müsse.



SANDRO HALANK, WIKIMEDIA COMMONS, CC-BY-SA 4.0

Alexander Krauß, CDU

Schockierendes Ergebnis

Umfrage in Belgien: 89,1 % der Neugeborenen-Mediziner bereit zur „nachgeburtlichen Abtreibung“

Laut einer Umfrage bevorzugen die meisten Ärzte in Belgien bei der Behandlung Neugeborener mit nicht tödlichen schweren Erkrankungen die Gabe eines tödlichen Medikaments statt der Palliativversorgung. Dies berichtete ausführlich das katholische Nachrichtenportal kath.net

am 18. August 2020 unter Berufung auf eine wissenschaftlich begleitete Umfrage der „Research Foundation – Flanders“ und des „Special research fund – Ghent University“.



Mehr Info: www.kath.net/news/72553

„Unplanned“ – ein Film, der viel verändern wird

„Unplanned“ – Was sie sah, änderte alles“, ein Spielfilm, der in den USA ein Kinohit wurde, ist dank der Stiftung „Ja zum Leben“ nun auch auf Deutsch erschienen.

„Der Film erzählt die wahre Geschichte von Abby Johnson, die acht Jahre Leiterin einer Beratungs- und Abtreibungsklinik war und nach einem Schlüsselerlebnis zur Menschenrechtsaktivistin wurde. Als Studentin engagiert sich Abby ehrenamtlich bei Planned Parenthood. Im Glauben, daß es darum geht, Frauen zu beraten und die bestmögliche Lösung für sie zu finden, wird Abby schon bald von Planned Parenthood fest angestellt, übernimmt schließlich die Leitung der größten Klinik des Unternehmens und

nicht, findest Du hier ein paar Tipps, damit Deine Veranstaltung ein voller Erfolg wird – für Dich und für den Lebensschutz!

Vorab: Um den Film zeigen zu dürfen, mußt Du eine Gebühr an den Lizenzinhaber entrichten. Die Vorgaben hierzu sind rechtlich geregelt. Für Vorführungen, die öffentlich angekündigt werden und/oder außerhalb des Familien- und Freundeskreises stattfinden, fallen folgende Preise an:

- Bis 49 Personen: 49,00 €
- Bis 79 Personen: 79,00 €
- Bis 99 Personen: 99,00 €
- Ab 100 Personen: 0,90 € / Person

Wenn Du eine Veranstaltung planst, die gebührenpflichtig ist, schreibe eine E-Mail an Herrn Webert von Great Movies (thomaswebert@aol.com), der Dir im Anschluß eine Genehmigung für die Filmvorführung und eine Rechnung schickt. Bei möglichen Rückfragen könnt Ihr Herrn Webert auch telefonisch erreichen unter: +49 172 6933777 oder +49 6144 466982.

Zum weiteren Vorgehen:

1. Schau Dir den Film vorab an, um Dich inhaltlich und emotional auf Deine Filmvorführung vorzubereiten.
2. Suche Dir ein paar Helfer, die Dich bei der Durchführung unterstützen.
3. Organisiere einen Raum, der für eine Filmvorführung und Deine Gruppengröße geeignet ist.
4. Überlegt, ob die Filmvorführung in ein Rahmenprogramm eingebettet werden soll. (Vorstellbar ist ein gemeinsames Abendessen nach der Filmvorführung oder eine Gesprächsrunde.)
5. Ist die technische Ausstattung vollständig? (Beamer, Leinwand, Lautsprecher, ...)
6. Bestelle das kostenlose „Unplanned“-Begleitmaterial für Eure Gäste.
7. Wäre ein kleiner Snack für die Gäste nicht schön? (Fingerfood, Getränke etc.)

Wo gibt es „Unplanned“-Begleitmaterial?

Speziell für den Film bieten wir folgendes Material an:

- Flyer mit Informationen zum Film und zu den Lebensschutzorganisationen in Deutschland
- Filmplakate (zu bestellen bei Thomas Webert: thomaswebert@aol.com)
- Embryomodelle

Darüber hinaus bietet die Stiftung „Ja zum Leben“ Material aus der „Sei Lebensbotschafter!“-Kampagne an:

- Füßchenanstecker mit Informationszettel
- Flyer: „Sei Lebensbotschafter!“
- Flyer: „Wie man Lebensbotschafter wird!“

Bitte unterstützen Sie diese hervorragende Aktion.

Melden Sie sich bei uns in der Geschäftsstelle oder direkt bei der Stiftung „Ja zum Leben“ (unplanned@ja-zum-leben.de).



wird einige Jahre später sogar ‚Mitarbeiterin des Jahres‘. Doch ein Erlebnis ändert alles. Abby muß bei der Ultraschallkontrolle einer Abtreibung zum ersten Mal assistieren. Plötzlich erkennt sie, was Abtreibung wirklich bedeutet, und daß sie unzählige Frauen im Schwangerschaftskonflikt mit Falschinformationen zu einer Abtreibung bewegt hat.“

Nun liegt es an uns, dies bewegende Dokument einer Wandlung von einer Abtreibungsaktivistin zu einer Menschenrechtsaktivistin auch in Deutschland möglichst vielen Leuten bekannt zu machen. Dazu gibt es verschiedene Möglichkeiten:

- Sie können einen Kinobetreiber ansprechen und auf den Film aufmerksam machen,
- oder Sie bieten eine private Filmvorführung an.

Auch dazu hat die Stiftung „Ja zum Leben“ Vorschläge entwickelt:

Auszug aus dem „Leitfaden für Privataufführungen von „Unplanned. Was sie sah, veränderte alles““:

Wie veranstalte ich eine Filmaufführung?

Mit dem Erwerb der DVD hast Du die Möglichkeit, den Film unter bestimmten Bedingungen vorzuführen. Vielleicht hast Du schon Ideen, wie Du Deine Filmvorführung gestalten möchtest, wenn

Rapper MoTrip schreibt Lied über die Abtreibung seines Kindes

Bewegende Momente in einer Unterhaltungssendung. Dem Rapper MoTrip rollen die Tränen über die Wangen, als Michael Patrick Kelly in der Sendung „Sing meinen Song – Das Tauschkonzert“ das Lied des Rappers mit dem Titel „Embryo“ singt. MoTrip rappt darin über eine Abtreibung, zu der er und seine Freundin Larissa sich vor vielen Jahren entschieden hatten. Mo war 19, selbst noch Schüler, und Larissa war ungewollt schwanger. Nach der Abtreibung war die Beziehung auseinandergegangen. Heute sind die beiden wieder ein glückliches Paar und haben zwei gemeinsame Kinder. Der Rapper erzählte in der Fernsehshow „Kölner Treff“, wie sehr ihn die Abtreibung heute noch berührt. Erst als er nach der Geburt seines Sohnes sein Kind in den Händen hielt, habe er gewußt, „was wir da mit der Abtreibung getan haben“. Er appelliert an die Zuschauer, lieber sein Kind zur Adoption freizugeben, als es zu töten. Mit dem Lied „Embryo“ hat er versucht, dieses Erlebnis, das man nicht mehr rückgängig machen kann, zu ver-

WWW.MOTRIP.DE



Trauert um sein abgetriebenes Kind: Rapper MoTrip

arbeiten, doch es schmerzt noch immer. So lautet eine Zeile im Lied: „Damals warst du noch ein Embryo. Heute wärst du vier. Nur wegen mir bist du heute nicht mehr hier.“

Die Anti-Baby-Pille wird 60

Am 18. August ist die Anti-Baby-Pille 60 Jahre alt geworden. Während die feministischen Verbände in Jubel verfallen und die „Errungenschaft“ als sexuelle Freiheit der Frauen feiern, stellt eine aktuelle Analyse der GKV-Verordnungsdaten, die im Wissenschaftlichen Institut der AOK (WiO) vorliegt, fest, daß der Verordnungsanteil der kombinierten oralen Kontrazeptiva mit einem höheren Risiko im Laufe der letzten zehn Jahre deutlich abgenommen hat. Er sank von 72 % auf 54 %. Die Daten zeigen zudem, daß der Anteil der jungen Frauen, die mit der Pille verhüten, seit Jahren insgesamt rückläufig ist, obwohl die Altersgrenze für die Verordnung der Pille auf Kosten der GKV Mitte 2019 von 20 auf 22 Jahre angehoben wurde. In der jüngeren Generation setzt sich immer mehr das Bewußtsein durch, daß die Einnahme der Pille gesundheitliche Risiken unterschiedlichster Art wie Thrombosen, Embolien bis hin zu Depressionen birgt. Die Zeiten, in denen die Anti-Baby-Pille als Lifestyle-Präparat angepriesen werden konnte, scheinen vorbei zu sein. Viele junge Frauen lehnen inzwischen den massiven Eingriff in ihren Hormonhaushalt ab.

MATTHEW BOWDEN



Eingriff in den Hormonhaushalt: die Anti-Baby-Pille

Mitgliederversammlung per Videokonferenz

In Zeiten von Corona versucht auch mancher Kreisverband der CDL, neue Wege zu gehen. So hat sich die CDL Köln mit dem Regionalverband der ALfA zu einer Videokonferenz zusammengefunden. Gertud Geißelbrecht, die Vorsitzende der CDL Köln, hat uns folgende Tipps in ihrem Erfahrungsbericht zukommen lassen:

Im Vorfeld müssen die Teilnehmer ausprobieren, ob die Technik funktioniert. Beispielsweise, ob die Kamera installiert, das Mikrofon zu leise ist oder der Hintergrund nicht zu viel Privates verrät.

Die Firma Zoom bietet ein kostenloses Konferenzprogramm an, das nach 40 Minuten automatisch endet, bevor es kostenpflichtig wird. Es ist aber möglich, nach einer kleinen Pause die Teilnehmer erneut für weitere 40 Minuten einzuladen. Die Teilnehmer werden vom Moderator, dem sogenannten Host, in den Konferenzraum eingelassen. Anschließend schalten sie ihre



Kamera an und los geht's

Videokamera an. Das Mikrofon sollte nur für eine Wortmeldung eingeschaltet werden, da der jeweilige Redner im großen Bild erscheint. Sind alle Mikrofone geöffnet, verursachen mögliche Hintergrundgeräusche unter Umständen hier Irritationen.

Eine sehr praktische Funktion bei Zoom ist der Chat. Dort können alle Teilnehmer parallel zur Videounterhaltung Texte schreiben, die wie bei WhatsApp gleich für alle veröffentlicht werden. Über diese Funktion können auch Dokumente geteilt werden. Auch das Zeigen einer PowerPoint-Präsentation ist recht unkompliziert.






**LEBEN
WÜRDE**
KONGRESS 2021

12.-14. März 2021
Schönblick · Schwäbisch Gmünd

Frühbuche-
Rabatt bis
31.12.
2020

Schirmherrschaft:





Jana Highholder
Medizinstudentin, Autorin,
Sprecherin und Influencerin

Christine Lieberknecht
Ministerpräsidentin a.D.

Bischof Dr. Stefan Oster SDB
Bischof Passau

Durchführung nach aktueller Corona-Regelung. Weitere Infos unter www.schoenblick.de/corona-aktuell

Bitte um Teilnahme

Bitte nehmen Sie am 18.09.2020 am
„Marsch für das Leben“ in Berlin teil!

Beratung und Hilfe für Schwangere

0800 - 36 999 63 · www.vita-l.de

vitaL
Es gibt Alternativen

IMPRESSUM

Christdemokraten
für das Leben e.V.
Kantstr. 18
48356 Nordwalde

Telefon: 0 25 73 / 97 99 391
Telefax: 0 25 73 / 97 99 392
E-Mail: info@cdl-online.de
Internet: www.cdl-online.de

Redaktion: Mechthild Löhr, Odila Carbanje

Satz + Gestaltung: Daniel Rennen, www.dare.de
Titelmotiv Kopfzeile: NiDerLander, Fotolia.com



Fachtagung des Bundesverband Lebensrecht e.V.

Lebensbejahende Bindungen

Grenzen von Autonomie und Selbstbestimmung



Berlin - 18.09.2020

Bitte spenden Sie für das Leben!

Der Schutz des menschlichen Lebens zählt zu den
vordringlichen Aufgaben in dieser Gesellschaft.

Unterstützen Sie die weitere Arbeit der CDL mit Ihrer
Spende! Unser Spendenkonto:

IBAN: DE53 4645 1012 0000 0025 84
Sparkasse Meschede · BIC: WELADED1MES

Wir erhalten keinerlei öffentliche oder parteiliche
Förderung. Jede Zuwendung an die CDL ist steuerlich
begünstigt! Sie erhalten eine Spendenbescheinigung.